



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/148 - 1.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Die Auseinandersetzung mit Moskauer Werkzeugen	S. 1
Die Sozialistische Internationale (II)	S. 5
Blankes Reformier weiter unter Beschuß	S. 5
<u>Anhang:</u> Kommuniqué und Entschließungen des Partei Vorstandes	

Die "Aktionseinheit"

Von Herbert Wehner, MdB

Seit einiger Zeit bemüht sich die Führung der SED in verstärktem Maße, Abordnungen sozialdemokratischer Betriebsarbeiter zu Besuchen in die sowjetische Besatzungszone zu veranlassen, wirt sie auf verschiedenste Weise für eine sogenannte Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Sozialdemokratie, auf der die Hauptlast des Kampfes um eine friedliche Verständigung der vier Besatzungsmächte über die Wiedervereinigung Deutschlands liegt, muß zu diesen Bemühungen der sowjetzonalen SED klar Stellung nehmen.

Das Ziel der SED ist es dabei, in der SPD Aktivgruppen zu schaffen, die den Weisungen der sowjetzonalen SED-Führung folgen sollen. Natürlich kann ein solches Vorhaben nur die schärfste Abwehr der Sozialdemokratie hervorrufen. Die Sozialdemokratie ist eine demokratische sozialistische Partei. Sie befindet sich in ständiger schöpferischer Auseinandersetzung mit den in ihren eigenen Reihen zur Diskussion gestellten Vorschlägen und Anregungen. Sie versucht sorgsam, jeden Ansatzpunkt zur Erweiterung des Wirkungsbereichs des demokratischen Sozialismus zu entwickeln. Aber sie wendet sich entschieden gegen alle Versuche, aus der Sozialdemokratie durch Einwirkung von außen und innen eine a n d e r e Partei zu machen. Aus der Sozialdemokratie eine a n d e r e Partei zu machen, darauf laufen aber die Bemühungen der SED hinaus. Sie möchte, dass von der Sozialdemokratie die Hülle übrig bleibe, während der Inhalt und die Richtung des Wirkens dieser umgekrempelten Partei von der Führung der SED und ihren Werkzeugen bestimmt würde.

Die wahren Absichten der SED-Führung

Wenn der Begriff Aktionseinheit einen Sinn haben soll, so könnte es nur der sein, alle Kräfte, die für eine friedliche Regelung der Wiedervereinigung Deutschlands wirken wollen und können, zu weitestgehender Übereinstimmung im Handeln und damit zu größtmöglicher Ent-

faltung ihrer Stärke zu bringen. Im Denken und Trachten der SED-Führung und ihrer Beauftragten aber handelt es sich bei der Aktions-einheit stets nur darum, den Einflusbereich der Sozialdemokratie für Aktionen zu benutzen, die sowjetzonal gelenkt werden. Die SED-Führung möchte sich der Aktionskraft der Sozialdemokratie bemächtigen, um damit ihre eigenen Geschäfte besorgen zu können.

Dabei verhält sie sich in der Regel so, dass "Aktionen", zu denen sie im Bereich Westdeutschlands auffordert, die SED in ihrem eigenen Machtbereich zu keinerlei Konsequenzen verpflichtet. In Westdeutschland suchen die SED-Aktivisten den Eindruck zu erwecken, als stellten sie sich an die Seite jedes Menschen, der gegen die militärische Aufrüstung des geteilten Deutschlands eintritt. In der sowjetisch besetzten Zone aber läßt Ulbricht Kampagnen gegen alle - wie er es ausdrückt "pazifistischen Stimmungen" führen. In Westdeutschland werden die Sozialdemokraten fortgesetzt dazu aufgefordert, gegen das Verbot der SPD Stellung zu nehmen. In der sowjetisch besetzten Zone macht die SED keine Anstalten, die Sozialdemokratie frei und ungehindert wirken zu lassen. Von Aktionseinheit kann in Wirklichkeit so lange nicht die Rede sein, so lange die SED-Führung darunter versteht, dass sie selbst dirigiert, während die Sozialdemokraten und andere sich lenken lassen.

Man sagt uns, das Trennende solle zurückgestellt, das Einigende hervorgehoben werden. Aber Stacheldraht und Gefängnismauern, hinter denen Sozialdemokraten nach wie vor gefangen gehalten werden, sind nicht einfach "zurückzustellen". Sie müssen fallen. Und das liegt doch ganz allein in der Hand der SED-Führung. Warum tut sie nicht, was sie tun könnte?

Schärfste Abwehr jedes Durchsetzungsversuches

Durch Delegationen nach der Sowjetzonenrepublik oder durch Konferenzen, zu denen - meist unter Vorpiegelung falscher Tatsachen - dieser oder jener Sozialdemokrat gelockt wird, kann das Verhältnis nicht geändert werden. Jede Delegation ist mit der Absicht zustandegebracht, der Sozialdemokratie oder den Gewerkschaften ein Kuckucksei ins Nest zu legen. So lange es bei den Delegationen nur darauf ankommt, zu registrieren, dass wieder so und so viele "Sozialdemokraten" oder Gewerkschaftsmitglieder sich davon überzeugt hätten, wie gut es in der Sowjetzonenrepublik aussieht, so lange sind solche Delegationen nichts anderes als der Versuch, Bauernfängerei zu betreiben.

Die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 29. April beschlossenen Richtlinien für die Wiedervereinigungspolitik geben breitesten Raum für die Förderung der menschlichen Beziehungen zwischen den Deutschen diesseits und jenseits der Zonen-grenze. Diese Richtlinien bieten eine Handhabe für die Annäherung der Teile Deutschlands aneinander. Aber sie ziehen eine scharfe Grenze gegen jeden Versuch einer "volksdemokratischen" Durchsetzung demokratischer Organisationen oder Institutionen. Dabei muß es bleiben, wenn der Kampf der Sozialdemokratie nicht in sein Gegenteil verkehrt werden soll. Eine "Aktionseinheit", die die Einheit der Sozialdemokratie zerstören soll, ist das Gegenteil dessen, was unserem Volk und der internationalen Arbeiterbewegung not tut.

Auf dem Wege zur Weltinternationale

sp - Als sich nach 1945 eine Reihe sozialistischer Parteien wieder zusammenfanden um zunächst ein loses Verbindungsbüro und ein Komitee für die Zusammenarbeit zu schaffen, handelte es sich im wesentlichen um die alten traditionellen sozialistischen Parteien Europas. Doch das Ende des Krieges sah auch die Befreiung einiger früherer Kolonialgebiete von ihren Unterdrückern, das Wachsen mächtiger nationaler Bewegungen in Asien und Afrika und parallel damit die Gründung von sozialistischen Parteien. Wie ein roter Faden zog sich daher durch alle Konferenzen der wiedergegründeten Sozialistischen Internationale das Bestreben, dieser Entwicklung außerhalb Europas Rechnung zu tragen und die organisatorische und politische Basis des demokratischen Sozialismus zu erweitern.

Das Mißtrauen der jungen asiatischen Parteien gegenüber der Sozialistischen Internationale, bestand darin, dass diese vorwiegend aus Parteien zusammengesetzt war, deren Länder an der kolonialen Unterdrückung teilgenommen hatten. Dies verhinderte bis heute, die Internationale zu einem wirkungsvollen Attraktionspunkt für die afrikanischen und asiatischen Sozialisten zu machen. Mit der Ausnahme Japans und Israels, die von Anbeginn Mitglieder sind, und der indischen Partei und Pan-Malayischen Partei, die als Beobachter der Internationale angeschlossen sind, konnte keine asiatische Partei bewogen werden, den organisatorischen Anschluß an die Sozialistische Internationale zu vollziehen.

Andererseits bestand für die asiatischen Sozialisten die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen ihren Parteien auch organisatorisch zu festigen. So wurde am 12. Januar 1953 in Rangoon die Asiatische Sozialistische Konferenz gebildet. In ihr sind die folgenden Parteien zusammengeschlossen: Burmesische Sozialistische Partei, Praja-Sozialistische Partei Indiens, Sozialistische Partei Indonesiens, Israelische Arbeiter-Partei (Mapai), die heißen sozialdemokratischen Parteien Japans, die Sozialistische Partei Pakistans, die Fortschritts-Partei Libanons und die Arbeiterpartei Malayas. Als Beobachter gehören weiter an: die sozialistische Partei von Vietnam und die sozialistische Partei Nepals.

Die Gründung der Asiatischen Sozialistischen Konferenz erfolgte nicht aus Rivalität zur Sozialistischen Internationale. Im Gegenteil wurde auf der 1. Asiatischen Konferenz selbst deutlich, dass es über die grundsätzliche Auffassung des demokratischen Sozialismus keine Differenzen gibt. Dagegen ist der fundamentale Unterschied in der Geschichte des demokratischen Sozialismus in Europa einerseits und Asien und Afrika andererseits zu berücksichtigen. Bei den fernöstlichen Ländern handelt es sich hauptsächlich um agrarische Gebiete, so dass die soziologische Struktur der Parteien anders geartet ist, auch gibt es eine Reihe von anderen Impulsen, die den traditionellen europäischen sozialistischen Parteien fremd sind. Bei der Ausarbeitung praktischer politischer Schritte zeigen sich die Meinungsverschiedenheiten etwa in der Beurteilung des Kolonialismus und auch in der Aufgabe aller Sozialisten, wie der Friede in der Welt praktisch zu sichern ist.

Beide Dachorganisationen sind bestrebt und beauftragt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Voraussetzungen für eine einheitliche Sozialistische Internationale zu schaffen. Zu diesen Voraussetzungen gehörte, dass auf dem letzten Kongress der Sozialistischen Internationale in Stockholm (1953) ebenso wie auf der letzten Sitzung der Asiatischen Konferenz (1954) identische Resolutionen angenommen wurden, in denen praktische Vorschläge zur engsten Zusammenarbeit zwischen den beiden Zentren gemacht wurden. Inzwischen wurden gegenseitige Delegationen zu den verschiedensten Sitzungen ausgetauscht und auch von Fall zu Fall gemeinsame Aktionen in die Wege geleitet. So wurde z.B. von allen sozialistischen Parteien der Freiheitstag der noch abhängigen Völker gefeiert, wenngleich selbstverständlich die Formen den Bedingungen der einzelnen Länder angeglichen wurden.

Wenn auch die Bereitschaft sehr groß ist, die Aufteilung der Sozialisten nach geographischen Gesichtspunkten zu überwinden und damit auch den Verdacht zu beseitigen, als ob es sich um Internationales verschiedener Rassen handele, so wird der Prozess der Vereinigung zweifellos noch viel Zeit und Geduld erfordern. Der kommende Kongress in London wird ein offenes Ohr für die Vorschläge der asiatischen Sozialisten haben müssen, um zu gemeinsamen Handeln zu kommen.

Geht Baudissin?

sp. Nach noch nicht bestätigten Meldungen hat der Leiter der Gruppe "Inneres Gefüge" im Bundesverteidigungsministerium, Graf Baudissin, die Absicht, nach seiner Rückkehr aus den USA sein Amt niederzulegen. Graf Baudissin befindet sich in den Vereinigten Staaten auf einer zweimonatigen Studienreise.

An die Reformerguppe im Verteidigungsministerium knüpft sich die Hoffnung von einem neuen Geist bei den Streitkräften der Bundesrepublik. Baudissin und seine engste Umgebung waren und sind das Symbol jener Bestrebungen, den Barras und den 08/15-Geist von den künftigen Kasernen fernzuhalten und unter der Uniform nicht den Staatsbürger verschwinden zu lassen. Seit Beginn des Wirkens dieser Gruppe setzten auch mächtige Gegenströmungen ein. Solange die propagandistische Bearbeitung der bundesrepublikanischen Bevölkerung im Vordergrund der Bemühungen der früheren Dienststelle Blank stand, liess man die Reformer gewähren. Man benutzte sie zur Beseitigung der psychologischen Hindernisse, die für den Aufbau der Wehrstreitkräfte bei der jungen Generation bestehen. Vielleicht mag es auch diesen oder jenen gegeben haben, der "vom Leitmotiv des Staatsbürgers in Uniform" bewogen, seine Freiwilligen-Meldung einreichte. Sollte das alles nur Schaumschlägerei gewesen sein?

Durch den Weggang des Grafen Kielmannsegg hat die Reformerguppe ohnehin eine empfindliche Schwächung ihrer Position und ihres Einflusses innerhalb des Verteidigungsministeriums erfahren. Kielmannsegg wählte die Stellung eines Verbindungsoffiziers zur NATO, weil er offensichtlich resignierte und keine Möglichkeit zur Verwirklichung seiner Ideen sah. Wird Baudissin aus gleicher pessimistischer Erkenntnis den gleichen Weg gehen? Das wäre das Ende aller Bemühungen, den kommenden Streitkräften der Bundesrepublik den Geist der Demokratie einzuhauchen. Das wäre der endgültige Trumpf der Rückschritler und Draufgänger im Bundesverteidigungsministerium, für die die kommenden Streitkräfte nur ein getreues Abbild der Armeen des Kaiserreiches und des Dritten Reiches sein sollen.

Am Schicksal Baudissins wird abzulesen sein, inwieweit der erste Verteidigungsminister der Bundesrepublik noch in der Lage ist, sich jener Geister zu erwehren, denen alle Ideen von einer nicht mehr vom Kastengeist beherrschten und im persönlichkeitsentwürdigendem Drill gezüchteten Armee ein Creuel sind.

Die Tagung der sozialdemokratischen Führungsgremien
am 29. und 30. Juni in Bonn

Kommuniqué

Am 29. und 30. Juni tagten in Bonn der Parteivorstand, der Vorstand der Bundestagsfraktion, Parteiausschuss und Kontrollkommission der SPD.

Der Vorsitzende Erich Ollenhauer gab einen umfassenden Bericht über die politische Lage, an den sich eine gründliche Diskussion anschloss. Eine EntschlieÙung zu den bevorstehenden Viermächteverhandlungen und zu ßer durch die sowjetische Einladung an den Bundeskanzler geschaffene Lage sowie eine EntschlieÙung zum Freiwilligenentwurf wurden einstimmig gestillt.

Über Möglichkeiten und Grenzen der Aufnahme und der Pflege von Kontakten zwischen der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone berichtete das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Max Kukil. Die Führungskörperschaften der SPD bekannten sich erneut zu den im April dieses Jahres ausgegebenen Richtlinien, die in ihrem Kern eine intensive Pflege persönlicher Beziehungen empfehlen, sich aber mit größter Entschiedenheit gegen einen systematischen Besuchsaustausch von Abordnungen der verschiedensten Art wenden. Der ständige und härteste Kampf gegen Ideologie und totalitäre Praxis des Kommunismus bleibt selbstverständlicher fester Bestandteil sozialdemokratischer Politik.

Mit den internationalen Arbeiten zur Vorbereitung des vom 12. bis 17. Juli in London tagenden vierten Kongresses der sozialistischen Internationale befasste sich Herbert Wehner.

Ein großer Teil der Beratungen galt parteiinternen und organisatorischen Fragen. So gab das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Alfred Nau, eine ausführliche Darstellung der Finanzlage der Partei während des abgelaufenen Jahres. Es konnte mitgeteilt werden, dass seit Beginn dieses Jahres die Zahl der Mitglieder in der SPD im Steigen begriffen ist. Fritz Heine sprach über die Möglichkeiten, diese günstige Entwicklung weiter zu fördern und unterbreitete dafür praktische Vorschläge.

* * *

EntschlieÙung

Zu den bevorstehenden Viermächteverhandlungen und zu der mit der Einladung der Sowjetregierung an den Bundeskanzler geschaffenen Lage erklären der Vorstand, der ParteiausschuÙ, die Kontrollkommission und der Vorstand der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 30. Juni:

Es muÙ und kann ein Weg gefunden werden, der zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und gesicherter Freiheit führt. Hierzu ist ein Beitrag der vier früheren Besatzungsmächte notwendig. Sowohl die Sowjetunion als auch die Westmächte müssen ihre einseitigen Versuche aufgeben, die Teile des gespaltenen Deutschlands als Vorfeld ihrer Militärmacht zu behandeln oder Deutschland ganz in einen ihrer Militärpakte einzubeziehen.

Mit diesem Schritt würde die Entspannung der internationalen Gegensätze, die nach den feierlichen Bekundungen aller vier Regierungen von den Teilnehmern der Viermächteverhandlungen angestrebt wird, auf die wirkungsvollste Weise gefördert werden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und der Verzicht auf seine Eingliederung in ein Militärsystem des Westens oder des Ostens könnte die Grundlage erfolgreicher Bemühungen um ein europäisches System der gegenseitigen kollektiven Sicherheit unter Garantie und Bindung sowohl der Vereinigten Staaten von Amerika als auch der Sowjetunion im Rahmen der Satzungen der Vereinten Nationen bilden. Ein solches Sicherheitssystem könnte von den Westmächten und der Sowjetunion angenommen werden. In diesem System würde auch das wiedervereinigte Deutschland die ihm zukommenden Rechte und Pflichten ausüben.

Die Bundesregierung hat die Pflicht, jede sich bietende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit durch eigene Vorschläge zu nützen. Das deutsche Volk erwartet mit Recht, dass die Bundesregierung solche Vorschläge zur Wiedervereinigung auch an die Spitze stellt, wenn es in nächster Zeit zu direkten Gesprächen der Bundesregierung mit der Sowjetregierung kommt.

Wenn die Spaltung Deutschlands fort dauert, bleibt sie ein den Frieden bedrohendes Spannungsfeld. Die Teilung Deutschlands wäre die schlechteste und eine nur trügerische Voraussetzung für das von allen Großmächten in ihren Erklärungen angestrebte friedliche Nebeneinanderleben der Staaten und Völker.

* * *

II. EntschlieBung

Vorstand, Parteiausschuß, Kontrollkommission sowie der Vorstand der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahmen am 30. Juni zur Einbringung der Wehrgesetze Stellung. Sie billigten die Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in der Debatte über das Freiwilligengesetz und erklärten:

Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik ist in Gefahr, wenn die vom Bundeskanzler gewählte Methode der Einbringung und Durchpeitschung der Militärgesetze sich durchsetzt. Zu der Gefährdung der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Verwirklichung der Pariser Verträge würde die Belastung der Bundesrepublik durch einen völlig verfehlten Einbau militärischer Einrichtungen in die demokratische Gesetzlichkeit hinzukommen.

Die Sozialdemokratie sieht es als ihre Pflicht an, diesen Gefahren mit all ihren Kräften entgegenzuwirken. Sie wird jeden Fassbreit demokratischer Rechte bei der Behandlung jedes einzelnen Militärgesetzes verteidigen. Sie appelliert auch an diejenigen politischen Kräfte der Bundesrepublik, die ohne die aussenpolitischen Ansichten der Sozialdemokratie zu teilen - sich mit ihr in dem Willen treffen, dass der Aufbau militärischer Einrichtungen nicht gegen Geist und Wortlaut des Grundgesetzes vorgenommen werden darf.

* * *